

Soziale Bürgerrechte – erste Stichworte für ein wachsend bedeutsames Thema der Engagementpolitik

Der Beitrag skizziert Zugänge einer engagementpolitischen Diskussion zu Fragen der sozialen Bürgerrechte vor dem Hintergrund wichtiger wissenschaftlicher und zivilgesellschaftlicher Debattenstränge. Damit werden gesellschaftspolitische Dimensionen moderner Sozialpolitik und deren Bezüge zur Engagement- und Demokratiep politik deutlich. Sozialpolitik muss sich in der Wohlfahrtsgesellschaft als Ermöglicher des eigensinnigen Engagements auch im Sinne gesellschaftlicher Inklusion beschäftigen und gezielt entsprechend fortentwickelt werden. Das Thema der sozialen Bürgerrechte ist auch für die Zukunft Europas in Europa, im Zusammenhang mit Menschenrechten und Flucht, ein zentrales Thema der notwendigen Zunftsorientierung auf Basis geteilter Werte geworden, für die Zivilgesellschaft künftig verstärkt selber eintreten sollte.

Zunehmende soziale Ungleichheit als Herausforderung für Europa

Das problematische Verhältnis zwischen kapitalistischer Ökonomie (Ungleichheit) und politischer Demokratie (Gleichheit) hat Thomas H. Marshall (1992; engl. 1959) in seinem Buch *Bürgerrechte und soziale Klassen. Zur Soziologie des Wohlfahrtsstaates (Citizenship and Social Class)* diskutiert. Angesichts wachsender sozialer Ungleichheiten tritt der Kontrast zunehmend vor Augen, der sich zwischen den für alle Bürgerinnen und Bürger demokratischer Gesellschaften gleichen zivilen, politischen und sozialen Rechten und den Befunden der modernen Armutsforschung auftut.

Empirisch kann die Diskussion über weltweit wachsende soziale Ungleichheit heute nicht mehr geführt werden jenseits der Befunde von Piketty (2014) und Oxfam (2016). Die im vergangenen Jahr geführten Diskussionen über die erforderlichen Strukturreformen nach der Finanzkrise in Griechenland, Spanien und weiteren v.a. mediterranen EU-Mitgliedsstaaten haben deutlich gemacht, dass die Zukunft Europas mit der Frage verbunden ist, welche Rolle soziale Bürgerrechte in Europa künftig spielen sollen. Die Ablehnung einer gemeinsamen Flüchtlingspolitik der Europäischen Union seitens nicht nur der VISEGRAD-Staaten wirft aus zivilgesellschaftlicher Perspektive die Frage auf, welche Rolle in Europa künftig Menschenrechte inkl. das Recht auf Aufnahme bei Verfolgung sowie soziale

Bürgerrechte in Europa spielen sollen. Offensichtlich sind Antworten auf diese Frage die Voraussetzung dafür, die wachsende Dynamik der Renationalisierung in Europa zu bremsen.

... und als nationale Herausforderung

Für die nationale Ebene haben die Wohlfahrtsverbände 2014 folgenden Befund: „Die Armut in Deutschland hat nicht nur ein neuerliches trauriges Rekordhoch erreicht, auch ist Deutschland dabei, regional regelrecht auseinander zu fallen. Zwischen dem Bodensee und Bremerhaven, zwischen dem Ruhrgebiet und dem Schwarzwald ist Deutschland, was seinen Wohlstand und seine Armut angeht, mittlerweile ein tief zerklüftetes Land.“ (Der Paritätische Gesamtverband 2014: <http://www.der-paritaetische.de/armutsbericht/die-zerklueftete-republik/>) Armut wird heute verstanden als ein Mangel nicht nur an Geld, sondern auch an Bildung oder sozialen Kontakten. So entsteht eine differenzierte Karte sozialer Milieus und ihrer Bezüge und Grenzen zueinander.

Durch die Aufnahme zahlreicher Flüchtlinge verschärfen sich aktuell die Umstände hierzulande, aber auch der Druck zu politischen Lösungen: Der durch den Bedarf der Geflüchteten noch deutlicher hervortretende Mangel an Sozialwohnungen etwa hat den politischen Druck zu mehr sozialem Wohnungsbau und einer inklusiven Stadtentwicklung deutlich erhöht.

Soziale Bürgerrechte als Bedingung der Möglichkeit politischer Gleichheit?

Es gilt, die Folgen einer weiter anwachsenden sozialen Ungleichheit für die Zivilgesellschaft in den Blick zu nehmen und engagementpolitisch zu bewerten. Ulrich Rödel, Günther Frankenberg und Helmut Dubiel haben 1989 mit dem Band „Die demokratische Frage“ die politische Rolle der Zivilgesellschaft diskutiert. In den 1990er Jahren stellte Frankenberg die – hier wieder aufgegriffene – Frage nach der Bedeutung der sozialen Bürgerrechte für die Zivilgesellschaft. Er unterstrich, dass für moderne Sozialpolitik das Ziel einer zivilgesellschaftlichen Inklusion und die Aufgabe der Ermöglichung bürgerschaftlichen Engagements ins Zentrum der normativen Begründung gestellt werden müssen:

„Dass die Mitglieder einer politischen Gemeinschaft nicht nur formal gleichberechtigt sein müssen, ihnen vielmehr auch zu ermöglichen ist, sich an der Streitkultur im weitesten Sinne zu beteiligen, gestattet nunmehr, die ‚Logik der Fürsorge‘ unter Bezug auf die grundlegende Konvention weiterzuentwickeln und das sozialstaatliche Leistungssystem mit der Idee und Praxis der Zivilgesellschaft zu verknüpfen.“ (Frankenberg 1997: 193). Unter einer „grundlegenden Konvention“ versteht Frankenberg „eine wechselseitige Verpflichtung auf Zivilität. ... Die Bezeichnung *Konvention* soll signalisieren, dass diese Verpflichtung nicht vom Himmel fällt, sondern Resultat einer Übereinkunft ist, die immer nur temporär eingegangen wird, also jederzeit reversibel davon abhängt, dass die Beteiligten für sie eintreten.“ (ebenda: 56)

In den heutigen engagementpolitischen Diskursen wird zunehmend herausgearbeitet, dass nicht nur die von Frankenberg im engeren politischen Sinne angesprochene entwickelte „Streitkultur“, sondern auch das Engagement in seinen praktisch-gestaltenden Dimensionen zur Partizipationskultur gehört (Klein/Sprenkel/Neuling 2016). In diesem Sinne ist im Konzept des „bürgerschaftlichen Engagements“

gements“ der Enquete-Kommission zur „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ (2002) die bürgerschaftliche Dimension des Engagements beschrieben worden. Die Bürgergesellschaft wird dort als ein nicht nur sozialer, sondern ebenso auch politischer Raum angesprochen. Der Zusammenhang von Engagementpolitik und Demokratiep politik ist hier grundgelegt.

Soziale Ungleichheit als Thema der Engagement- und Demokratiep politik

Für die Engagementpolitik fallen die Folgen einer wachsenden sozialen Ungleichheit schwer ins Gewicht: Ist doch Common Sense der Fachdiskurse, dass gerade durch eigene selbstwirksame Erfahrungen mit Engagement und Partizipation bürgerschaftliche Kompetenzen entstehen, die für demokratische Gesellschaften von zentraler Bedeutung sind. Umso schwerer wiegt die soziale Selektivität beim Zugang in die entsprechenden Handlungsfelder der Zivilgesellschaft, die sich aus einer wachsenden sozialen Ungleichheit und der daraus auch entstehenden Armut ergibt. Es kommt zu Spaltungen in der Zivilgesellschaft und zu zunehmend sozial selektiven Akteurskonstellationen.

Auf die Folgen einer wachsenden sozialen Ungleichheit für die Demokratie insgesamt hat schon vor einiger Zeit eine Studie der Friedrich Ebert Stiftung hingewiesen: 37 % der Deutschen trauten laut Studie der demokratischen Politik generell nicht mehr zu, gesellschaftliche Probleme lösen zu können. Da „viele Menschen soziale Gerechtigkeit im Schwinden begriffen sehen, verlieren sie auch das Vertrauen in die Demokratie“ (Embacher 2009: 14f.) Eine große Chance, aber auch ein großer Bedarf besteht daher für die politische Bildung, die mit ihren Möglichkeiten die Lernprozesse des Engagements wie auch solche Formate der Engagementförderung begleitet, die mittels aufsuchender Formate den wachsenden Zugangsbarrieren zu zivilgesellschaftlichen Aktivitäten entgegenwirken möchten. Aktuell ist etwa die Begleitung des Spontanengagements für und mit Geflüchteten durch die politische eine herausragende Aufgabe. Sie kann nur im engen Zusammenwirken der Akteure lokaler Bildungslandschaften geschehen (Klein/Schwalb 2016). Eine weitere zentrale Aufgabe besteht darin, denen, die gleichermaßen auf längere Zeit aus Zivilgesellschaft wie aus Arbeit ausgeschlossen sind, neue Zugänge zu Selbstwirksamkeitserfahrungen des Engagements zu vermitteln. Nur so kann sich Demokratie auf Dauer stabilisieren.

Die kulturellen und politischen Folgen wachsender sozialer Ungleichheit haben – insbesondere durch Ängste vor sozialem Abstieg in wachsenden Teilen der Mittelschicht – auch zu einem Anstieg unzivilisierter Handlungsformen und damit zu einer Bedrohung zivilgesellschaftlicher Grundregeln des Umgangs miteinander geführt: Schon jetzt lässt sich angesichts bevorstehender Landtagswahlen in drei Bundesländern und wachsender Kontroversen in der Flüchtlingspolitik der Bundesregierung eine gefährliche Chancenstruktur für rechtspopulistische und auch rechtsextreme Mobilisierungen (AFD, Pegida...) erkennen. Dieser Prozess wird bis zu den Bundestagswahlen im Herbst 2017 noch weiter Fahrt aufnehmen. Diese Entwicklung, die wir auch in vielen anderen Ländern Europas beobachten müssen (Schwärzel 2015), führt zu Spaltungen in der Zivilgesellschaft und zur Mobilisierung der Interaktion von Bewegung und Gegenbewegung – eine Herausforderung für demokratische Gesellschaften und die soziale Demokratie. Hier sind auch Antworten von Zivilgesellschaft und politischer Bildung gefordert. Für die Engagementpolitik entsteht so der Bedarf, aus einer engagement- und demokratiepoliti-

schen Sicht die Debatte über moderne soziale Bürgerrechte, Sozialpolitik und Wohlfahrtsgesellschaft zu führen.

Der Beitrag des Engagements zu Inklusion und Integration

Das Engagement kann wichtige Beiträge zu Inklusion und Integration leisten. Die Paten, Lotsen und Mentoren, die es bislang in den Bereichen der Bildung und der Arbeitsmarktzugänge bereits Inklusion und Integration unterstützt haben, müssen etwa bei dem ausgeweiteten Engagement für und mit Geflüchteten die Integrationsfragen in folgenden Dimensionen bearbeiten (Klein 2015):

- Zugang zu Wohnen/Stadtteil
- Rechtliche Integration, Integration in die Sicherungssysteme
- Zugang zu Gesundheit
- Zugang zu Bildung
- Zugang zum Arbeitsmarkt
- Zugang zur Zivilgesellschaft

Aufsuchende Formate in der Förderung von Engagement und Partizipation stärken

Praktisch anschaulich hat Johanna Klatt das Feld der „Entbehrlichen“ der Zivilgesellschaft ausgeleuchtet und die Bedarfe aufsuchender Formate der Engagement- und Partizipationsförderung betont, die in den Sozialräumen der Stadtteile auch denen die Zugänge in die Handlungsarenen von Engagement und Partizipation vermitteln, die diese nicht ohne Weiteres bereits nutzen. Die aktuelle engagementpolitische Debatte über erforderliche „nachhaltige Infrastrukturen“ in der Förderung von Engagement und Partizipation erkennt in der Begleitung und Unterstützung solcher aufsuchenden Förderformate eine zentrale Aufgabe.

Koproduktionen in der Wohlfahrtsgesellschaft („Welfare Mix“)

In den Diskussionen über die Entwicklung des modernen Sozialstaats haben Adalbert Evers und Thomas Olk bereits in den 1990er Jahren die Entwicklung hin zu einer Wohlfahrtsgesellschaft beschrieben und dabei deutlich gemacht, dass moderne Sozialpolitik in den Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge zunehmend im Modus der Koproduktion von Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft umgesetzt wird. Der „Welfare Mix“ erfordert auch lokal Vernetzungen und Standards, zu denen eben auch die Zugänglichkeit zählt.

Thomas Olk und Birger Hartnuß haben darauf hingewiesen, dass eigensinniges bürgerschaftliches Engagement und die damit verbundenen gesellschaftlichen Gestaltungsansprüche unter der Perspektive der Erzeugung öffentlicher Güter zu betrachten sind. Unter Bezugnahme auf die Kategorie der öffentlichen Güter für das Verständnis von bürgerschaftlichem Engagement geht es „nicht primär darum, dass sich Bürger dauerhaft politisch betätigen, sondern darum, ob die Bürger fähig sind, im-

mer wieder auch Interessen zu verfolgen, die über ihre unmittelbaren Eigeninteressen hinausgehen und den Angehörigen anderer Gemeinschaften sowie dem übergeordneten Gemeinwohl nützen. Dies würde bedeuten, dass die Organisation eines Straßenfestes, die Mitwirkung an der Errichtung eines Kindergartens oder der Aufbau eines Gemeindezentrums in diesem Sinne als bürgerschaftliches Engagement gelten können, da diese Aktivitäten zur Erzeugung und Vermehrung öffentlicher Güter beitragen und damit das Gemeinwohl bereichern.“ (Olk/ Hartnuß 2011: 158).

Das Verhältnis von Erwerbsarbeit und Engagement grundlegend klären

Wer wie auch das BBE und viele seiner Mitglieder die wachsende Monetarisierung des Engagements kritisiert, kann sich der Diskussion über soziale Bürgerrechte und soziale Grundsicherungssysteme nicht entziehen. Wie sollte man Menschen aus der wachsenden Gruppe der von Armut Betroffenen verübeln, wenn sie auf eine monetärerer Anreize für Engagement positiv reagieren? Es mehren sich die instrumentellen Formen des Zugriffs auf Engagement als Ressource. Das Verhältnis von Engagement und Erwerbsarbeit (BBE 2008; BBE/ISS 2012) gilt es heute trennschärfer auszuleuchten und zu machen.

Das bedeutet:

- die Ausgestaltung der Übergänge dieser Tätigkeitsformen in Einrichtungen und Freiwilligendiensten nach fachlichen Kriterien und ein darauf bezogen fortzuentwickelndes Freiwilligenmanagement,
- die Ausgestaltung der Tätigkeitsprofile in Freiwilligendiensten nach den Anforderungen zivilgesellschaftlicher Lerndienste,
- die Fortentwicklung von Maßnahmen der Engagementförderung durch Unternehmen in fachlichem Austausch mit der Zivilgesellschaft
- und die Entwicklung von Maßnahmen der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik, die nur unter der Bedingung strikter Freiwilligkeit auf die Felder des Engagements zurückgreifen und unter Wahrung des Eigensinns von Engagement dessen Möglichkeiten zur non-formalen und informellen Kompetenzbildung nutzen. Bisher sind Maßnahmen der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik sanktionsbewehrt und führen – auch wenn es sich um Angebote in den Feldern des Engagements handelt – bei Nichtwahrnehmung zu Abzügen bei der Grundsicherung. Engagement muss aber nach dem Grundverständnis der Zivilgesellschaft in jedem Fall freiwillig, also sanktionsfrei sein.

Neue Arbeitsgruppe „Engagement und soziale Gerechtigkeit“ des BBE

Das BBE hat auf seiner jüngsten Mitgliederversammlung seine Themen für die kommenden drei Jahre neu aufgestellt. Die neue Arbeitsgruppe „Engagement und soziale Gerechtigkeit“ ist auf der BBE-Mitgliederversammlung im November 2015 beschlossen worden. Sie wird sicherlich die hier genann-

ten Fragen aufgreifen und im gemeinsamen fachlichen Austausch erörtern, welche Bedarfe sich stellen und welche Handlungsansätze der Engagementpraxis künftig vor allem ausgebaut werden sollten.

Autor

PD Dr. Ansgar Klein ist Geschäftsführer des BBE, Privatdozent für Politikwissenschaften an der Humboldt Universität zu Berlin und Publizist.

Kontakt: ansgar.klein@b-b-e.de

Literatur

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) 2008: Engagement und Erwerbsarbeit.- Dokumentation einer Fachtagung am 8. und 9. November 2007, Berlin.

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)/ Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (ISS) 2012: Engagement und Erwerbsarbeit in Europa. Organisations- und gesellschaftspolitische Herausforderungen und Modelle, Berlin

Deutscher Bundestag 2002: Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“: Bericht – Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Gesellschaft, Opladen.

Embacher, Serge 2009: Demokratie nein danke? Demokratieverdross in Deutschland, Bonn.

Frankenberg, Günter 1997: Die Verfassung der Republik. Autorität und Solidarität in der Zivilgesellschaft, Frankfurt/M.

Klatt, Johanna / Walter, Franz 2011: Entbehrliche der Bürgergesellschaft? Sozial Benachteiligte und Engagement (unter Mitarbeit von David Bebnowski, Oliver D'Antonio, Ivonne Kroll, Michael Lühmann, Felix M. Steiner und Christian Woltering), Bielefeld.

Klein, Ansgar 2015: Bedarfe der Engagementförderung in der Flüchtlingshilfe, in: BBE- Newsletter 20/2015

Klein, Ansgar/ Sprengel, Rainer/ Neuling, Johanna 2016: Jahrbuch Engagementpolitik 2016: Engagement und Partizipation, Schwalbach/Ts.

Klein, Ansgar/ Schwalb, Lilian: Bürgerschaftliches Engagement als Lernfeld und Bildungsort. Eine vielfältige kommunale Bildungslandschaft ermöglicht politische Teilhabe, in: Klein, Ansgar/ Sprengel, Rainer/ Neuling, Johanna (Hg.): Jahrbuch Engagementpolitik 2016. Engagement und Partizipation, Schwalbach/Ts., 148-153.

Marshall, Thomas H. 1992 (1959): Bürgerrechte und soziale Klassen. Zur Soziologie des Wohlfahrtsstaates, Frankfurt/M.-New York: Campus (*Social class and class conflict in industrial societies*. Routledge, London).

Olk, Thomas/Hartnuß, Birger 2011: Bürgerschaftliches Engagement, in: dies. (Hg.): Handbuch Bürgerschaftliches Engagement, Weinheim und Basel, S.145-161.

Oxfam 2016: Ein Wirtschaftssystem für die Superreichen. Wie ein unfaires Steuersystem und Steuer-oasen die soziale Ungleichheit verschärfen, https://www.oxfam.de/system/files/20160118-wirtschaftssystem-superreiche_0.pdf.

Piketty, Thomas 2014: Das Kapital im 21. Jahrhundert, München.

Schwärzel, Mirko 2015: Demokratiestärkung im ländlichen Raum. Zusammenfassung der europäisch-vergleichenden Recherche zum Verhältnis von Förderpolitik und Bürgerengagement für eine lebendige Demokratie im ländlichen Raum, in: Newsletter für Engagement und Partizipation in Europa 10/2015

Redaktion:

BBE-Newsletter für Engagement und Partizipation in Deutschland

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

- Geschäftsstelle -

Michaelkirchstr. 17-18

10179 Berlin-Mitte

+49 (0) 30 6 29 80-11 5

newsletter@b-b-e.de

www.b-b-e.de